

Franziska Augstein

**VON
WAGEMUT,
IRRTUM
UND
VERBLENDUNG
EINBLICKE IN
POLITÖKONOMISCHE
SCHLAMASSEL**



Franziska Augstein

**VON
WAGEMUT,
IRRTUM
UND
VERBLENDUNG**

Einblicke in politökonomische Schlamassel



Die Texte in diesem Buch wurden alle zwischen 2017 und 2020 in der *Süddeutschen Zeitung* veröffentlicht.

Sämtliche Angaben in diesem Werk erfolgen trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr. Eine Haftung der Autoren bzw. Herausgeber und des Verlages ist ausgeschlossen.

1. Auflage

© 2021 Benevento Verlag bei Benevento Publishing München – Salzburg, eine Marke der Red Bull Media House GmbH, Wals bei Salzburg

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere das des öffentlichen Vortrags, der Übertragung durch Rundfunk und Fernsehen sowie der Übersetzung, auch einzelner Teile. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotografie, Mikrofilm oder andere Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Medieninhaber, Verleger und Herausgeber:
Red Bull Media House GmbH
Oberst-Lepperdinger-Straße 11-15
5071 Wals bei Salzburg, Österreich

Satz: MEDIA DESIGN: RIZNER.AT
Gesetzt aus der Palatino, Futura
Umschlaggestaltung: Benedikt Lechner
Umschlagmotiv: Franziska Augstein
ISBN 978-3-7109-0117-1
eISBN 978-3-7109-5120-6

Inhalt

Guten Tag allerseits! Ein Vorwort

1 Deutschland und Umgebung

Investieren!
Das P-Wort
Hühnersuppe für alle
Allerweltsfreund »Gini«
Nach dem Ende der Arbeit
Interaktives Mitmachspiel
Hybris

2 Europa und ihre falschen Freunde

Menschen und Gurken
Der Fahrradbeauftragte
EU oder nicht EU?

3 Das Vereinigte Königreich - die stolze Insel

Auf zur Niederlage!
Englische Kirschen
Klassengesellschaft
Pro Brexit
Frustrierte Ermattung

4 China

Altes neues China
Konfuzius' Arbeitsethos
Schulden made in China

»Systemischer Rivale«
West-östlicher Zwist

5 Die große weite Welt

Kleines Land im Meer
Der Plastik-Drache
Zum Schaudern lehrreich
Auf Gott vertrauen
Mickymaus in Iran
Gold und Safran
Gutes Gas, böses Gas?

6 Im Reich der Klugen und der Besserwisser: Die Wirtschaftswissenschaften

Kapitalismus: ein Spiel
Krise des Kapitalismus
Alles Streben: Illusion
Tu Geld in deinen Beutel
Geld und Krieg
Verderbliches Wachstum
Was ist Neoliberalismus?
Zaubern für die Wirtschaft
Marmelade eimerweise
Steine mit Löchern
Preis der Ungleichheit
Jetzt räumen wir auf
Ungewöhnliche Allianz

7 Welt in Angst: Das Corona-Virus und die Folgen

Vierzig Tage Quarantäne
Kant & Co.
Corona-Ökonomie

8 Das Letzte

Waldeslust
Gute Vorsätze

Lesenswerte zitierte Literatur
Personenregister

Guten Tag allerseits!

Ein Vorwort

Am 28. Januar 1986 ließ die NASA die Raumfähre »Challenger« aufsteigen. 73 Sekunden nach dem Start explodierte sie. Die Mannschaft starb. Das alles wurde auf Film aufgenommen. Wenige Wochen später machte eine prominente Diskothek am Leicester Square in London sich damit wichtig, unterlegt vom üblichen Tanz-Beat, die Explosion der Challenger zu zeigen. Das war widerwärtig, menschenverachtend, geschmacklos. Es war bloß möglich, weil damals einigermaßen friedliche Zeiten herrschten. Der Kalte Krieg war zwar noch nicht eingeeht, das Abrüstungsabkommen zwischen dem US-Präsidenten Ronald Reagan und dem Führer der Sowjetunion Michail Gorbatschow sollte erst einige Monate später abgeschlossen werden. Gleichwohl herrschte damals schon hoffnungsvolles Erwarten des Kommenden. Leider hat sich die Weltgeschichte den Hoffnungen nicht angepasst.

Am 11. September 2001 wurden das World Trade Center in New York und das Pentagon in Washington von islamistischen Terroristen attackiert. Die Vereinigten Staaten, hoch verstört, haben daraufhin, mithilfe aller Nato-Alliierten, einen Krieg in Afghanistan begonnen, den sie nicht gewinnen konnten. Dies schon deshalb nicht, weil Afghanistan nicht binnen einiger Jahre zur Demokratie umgemodelt werden kann. Man hat so getan, als handle es

sich um ein Land, das nach Befreiung zur Demokratie nach westlichem Muster dürste; man hat in dem Land Präsidenten protegiert, die den USA genehm sind, die aber von etlichen Stämmen nicht akzeptiert werden. Afghanen wollen nicht von fremder Macht befehligt werden. Die vielen Attentate in Kabul und andernorts, die seit 2001 allerorten und mit frischer Intensität 2020 in Kabul explosiv einschüchternde Wirkung hatten: Sie zeigen vor allem, dass afghanische Kämpfer ihre Rechnungen untereinander ausmachen wollen, gegen westliche Soldaten, wobei auf die Landsleute keine Rücksicht genommen wird, die vieles gäben, um endlich in Ruhe ihr Leben zu leben.

2003 haben die USA, völkerrechtswidrig, den Diktator Saddam Hussein im Irak gestürzt. Seither ist Irak ein Land ohne rechte Staatlichkeit, damit angefangen, dass die Grundversorgung mit Elektrizität und Wasser nicht mehr gegeben ist. Der Nahe Osten ist auf Dauer destabilisiert. Iran - unter dem Ayatollah Khomeini - war den USA ein Gehilfe gegen Saddam Hussein, als Präsident George Bush sen. 1990 gegen die Invasion des kleinen Emirats Kuwait amerikanische Truppen einsetzte. Auch nach den Attentaten vom 11. September 2001 hat Iran den USA mit Information beigestanden. Iran, ein großes, stolzes Land, ist von Atommächten umzingelt; verständlich ist, dass man in Iran auch welche haben will. Ebenso klar ist: Das ist keine gute Idee. Das Abkommen von 2015, dem zufolge Iran keine Atomwaffen bauen wolle, wurde von dem US-Präsidenten Donald Trump gekündigt. Je mehr indes die USA Iran als Feind betrachten, desto inniger wächst der Patriotismus in Iran. Die Sanktionen der USA sehen vor, dass kaum ein Unternehmen mit Iran Handel treiben dürfe: Das Land leidet. Unbedarfte Großmachtallüren können mehr Aggressivität hervorbringen, als die Regierung eines dermaßen eingeschnürten Landes eigentlich in Absicht hat.

(Zu den Auswirkungen der ideologischen Globalpolitik und der globalen Wirtschaft siehe das [5. Kapitel](#).)

Dies alles hat die Weltwirtschaft wenig beeindruckt. Wirklich hart kam es mit dem großen Crash, der 2007 in den Vereinigten Staaten begann und sich dann auf die gesamte Welt erstreckte. In den USA, das ist mittlerweile die Litanei der Ökonomen, hatten zu viele Leute, um Bonuszahlungen zu erhalten, zu viele Hauskredite an Menschen ausgegeben, die sich ein eigenes Haus gar nicht leisten konnten. Diese Kredite wurden gesammelt, zusammen mit anderen in Derivate verpackt, weiterverkauft – bis das ganze Gefüge in sich zusammenstürzte. Bei der Gelegenheit erwies sich, dass viele Banken über ihre Verhältnisse Kredite vergeben hatten. (Siehe dazu das [6. Kapitel](#).)

Kein Wunder ist es, dass die Finanzkrise mitsamt den Folgen der Globalisierung den Menschen Angst macht und sie sich auf das Eigene besinnen wollen. Der Brexit ist eine Folge davon (siehe das [3. Kapitel](#)). Die EU-Mitglieder suchen die Europäische Kommission zu beeinflussen. Lobbys suchen die Nationalstaaten und die EU zu beeinflussen. Die EU-Kommission ist nicht von den Bürgern gewählt. Das Europäische Parlament hingegen schon. Allerdings fühlen sich viele Abgeordnete mehr ihren Ländern verpflichtet als dem großen europäischen Gemeinwesen. (Siehe dazu das [2. Kapitel](#).)

Die Bundesrepublik Deutschland unter Angela Merkel ist aus der Finanzkrise 2008 halbwegs gut rausgerutscht. Die Bundesregierung hat es vorgezogen, militärisches Engagement im Rahmen zu halten. Das war klug. Man muss nicht so tun, als ob man Weltmacht wäre, wenn man es mit echten Weltmächten zu tun hat. Der Staat hätte im Inneren aber durchaus mehr anpacken können. ([Kapitel 1](#).)

Dass Chinesen »gelb« seien, ist eine Erfindung westlicher Denker, die im späten 18. Jahrhundert das Ziel hatten, Rassen und Völker zu beschreiben.

Selbstverständlich hielten diese universal gebildeten Philosophen (Johann Friedrich Blumenbach zum Beispiel, er lebte von 1752 bis 1840) den »kaukasischen« Typus – die Europäer – für kulturell und intellektuell dominant. Sie wollten aber bloß klassifizieren. Sie wollten nicht damit Kolonisierung, Sklaverei und Kriegen Vorschub leisten. In jener Zeit also wurden die Chinesen »gelb«. Diese Formulierung wurde erst später weidlich ausgenutzt, mutierte zur »gelben Gefahr«. Im 19. Jahrhundert haben europäische Kolonialmächte – vor allem Großbritannien, später ein bisschen auch das Deutsche Reich – in China schlimm gewütet. Im 20. Jahrhundert fand das seinen Fortgang: 1900 fielen russische Truppen per Kavallerie in der Mandschurei ein. Später nahm das nun modern aufgerüstete Japan die Mandschurei ein. Leute im Westen finden China hochinteressant, weil man dort so viel Wert auf Tradition lege; dieselben Leute finden China ungemein angriffslustig. Was viele im Westen bei allem angeblichen Verständnis übersehen: In China hat man tatsächlich ein langes Gedächtnis. Die Führung der chinesischen Kommunistischen Partei fühlt sich in der Defensive und will die Scham der vergangenen 200 Jahre wettmachen. (Dazu das [4. Kapitel](#).)

Für den »Corona-Wiederaufbauplan« sowie ein Kurzarbeitsprogramm hat die EU 850 Milliarden Euro veranschlagt. Was »systemrelevant« ist, soll gerettet werden, wobei Lebensqualität nicht zu dem gehört, was die technokratisch denkenden Regierenden sich unter »System« vorstellen. Die Anti-Corona-Maßnahmen werden in Europa bewirken, dass kleine Läden eingehen, lebenswürdige Theaterchen und Kleinkunstabühnen aufgeben, freundliche Gaststätten und Hotels schließen, dass Kaufhausparadiese klassischen Stils untergehen, dass mit einem Wort die Innenstädte – und nicht nur sie – zügig von den charakterlosen Ketten der Konsumindustrie kaputtkolonisiert werden. Das ist traurig. Aber auf anderen

Kontinenten sieht es viel schlimmer aus: Dort wird es Millionen Tote geben, weil die Ökonomie auf Eis gelegt wurde. (Siehe das [7. Kapitel](#).)

Dieses Buch enthält eine Auswahl der Kolumnen, die ich für das Wirtschaftsressort der *Süddeutschen Zeitung* in den vergangenen vier Jahren geschrieben habe. Sie sind dramaturgisch und stilistisch ein wenig überarbeitet. Mitunter habe ich entgeistert wahrgenommen, was sich in Europa und weltweit abspielt: politökonomische Schlamassel, die in den meisten Fällen aus Irrtümern, Dummheiten und Fehltritten resultieren. So viele Anlässe zur Sorge gibt es, in gesellschaftlicher, ökonomischer, weltpolitischer Hinsicht. So verstörend sind sie, dass vermutlich bloß drei Sorten Menschen sich zumuten können, sie in ihrem Alltagsleben nicht zu verdrängen: Optimisten, tatkräftig-engagierte Kritiker des Bestehenden und pessimistische Ironiker. Weil ich, liebe Leserinnen, liebe Leser, geopolitisch und langfristig denke, umfasst dieses Buch nicht Wohlfühl- oder Unwohlfühlttexte, sondern Analysen. Mögen Sie daraus, wenn es Ihnen zusagt, klare und hoffentlich auch unterhaltsame Einblicke in die Mechanismen unseres Wirtschaftsgeschehens gewinnen.

1

Deutschland und Umgebung

Dass die langjährige Kanzlerin Angela Merkel Deutschland und die Europäische Union geprägt habe, kann man eigentlich nicht sagen. Sie selbst hält sich nicht für eine Löwin mit Flügeln, was sehr für sie spricht. Viele halten sie denn auch für eine gute Hausmeisterin, die das Land umsichtig durch die Wechselfälle der Jahre geführt habe. In ihrer Regierungszeit hat sie das Heil vor allem im Reagieren gesucht. Zu diesem Zweck ließ sie regelmäßig Meinungsumfragen anstellen und suchte ihre Politik danach auszurichten, was die Wähler sich wünschen. So kam es zu einigen überraschenden Kehrtwendungen: Hatte sie 2005 auf dem Leipziger Parteitag der CDU noch dem Neoliberalismus das Wort geredet, änderte sie diese Meinung, weil sie merkte, dass dergleichen selbst in ihrer eigenen Partei wenig gut ankam. Atomkraftwerke hielt sie für vernünftige Einrichtungen, bis 2011 das Unglück im japanischen Fukushima geschah und die Deutschen mehrheitlich meinten, dergleichen Teufelszeug (wie, beiläufig gesagt, der längst verstorbene SED-Chef Erich Honecker Atomraketen nannte) gehöre abgeschafft.

Als Angela Merkel 2015 die Grenzen für Flüchtlinge öffnen ließ, beging sie einen Fehler: Die Maßnahme war richtig, Deutschland musste Tausende Flüchtlinge

aufnehmen. Alles andere wäre Verrat gewesen an Immanuel Kants Vorstellung von Sittlichkeit und an der christlichen Vorstellung von Nächstenliebe. Aber Merkels Neigung, möglichst wenig zu reden, möglichst einfach-banal, um nichts falsch zu machen, brachte sie in die Bredouille. »Wir schaffen das«, hat sie damals gesagt. Das war leider zu kurz. Sie hätte Folgendes sagen können, das wäre besser gewesen: Wir befinden uns in einer Notlage, Tausende Menschen sitzen an Bahnhöfen herum, schlafen dort. Das sind für die Menschen unwürdige Zustände, und für uns ist es beschämend. Deutschland wird jetzt diese Menschen aufnehmen. Und für die Zukunft müssen wir uns überlegen, wie wir als Europäische Union und als Weltgemeinschaft eine Politik führen, die Menschen nicht dazu zwingt, ihre Heimat zu verlassen.

Angeblich sind alle Deutschen kollektiv in Angst vor einer Inflation und einer Wirtschaftskrise, wie ihre Großeltern oder Urgroßeltern sie Ende der 1920er-Jahre erlebten. Tatsächlich sind die Deutschen (Politiker inklusive) möglicherweise bloß der Auffassung, den EU-Ländern, die sie in den Ferien gern besuchen, weil es dort so schön ist, nicht auch noch Geld dafür zu geben, dass deren Bewohner es sich das ganze Jahr über unter der Sonne wohl sein ließen. Es ist noch nicht ganz begriffen, dass die Menschen im Süden zum Wohlstand der Länder im Norden eine Menge beitragen. Wer da gegen den Stachel löckt, wie zum Beispiel Spaniens Partei Unidas Podemos, wird als »populistisch« abgetan.

Die parlamentarische Demokratie steckt in einer Misere, weil immer mehr Wähler sich auf den »sozialen« Medien in die Blasen ihrer Selbstwahrnehmung zurückziehen. Sind Volksabstimmungen nun angesagt? Könnte die Einführung des allgemeinen Grundeinkommens helfen? Dem Gemeinwesen zuträglich wäre, wenn große deutsche Unternehmen wie zum Beispiel die Deutsche Bank sich künftig auf anständiges Geschäftsgebaren besännen.

Investieren!

Deutschland hat einen hohen Außenhandelsüberschuss. Das geht auf Kosten der EU-Nachbarn. Mittlerweile ist das auch bei deutschen Politikern angekommen: So geht es nicht weiter. Was tun? Die Bundesrepublik muss Geld ausgeben.

Einmal hat der englische Sozialphilosoph Herbert Spencer in seinen *Prinzipien der Ethik* von 1879 heftig geklagt: Wie oft sei es nicht schon vorgekommen, dass »falsch gebrauchte Wörter zu falschen Gedanken führen«! Auf diesem Irrweg ist Spencer freilich selbst gewandelt: Charles Darwins rein biologisch gemeinten Begriff von der »natürlichen Selektion« transponierte er in das Denken der Soziologie, was Darwins Formulierung von »survival of the fittest« eine neue Richtung gab. Darwin hatte von den am besten an die Umwelt angepassten Arten gesprochen; Spencer machte daraus die stärksten, zur Selbstbehauptung fähigen Menschen. Das sollte später den Faschisten nützlich sein, die vom »Kampf ums Dasein« schwadronierten.

Dessen ungeachtet: Spencers Satz hat sich in der Praxis als richtig erwiesen. Die meisten Leute denken, was das Vokabular ihnen suggeriert. Mit Blick auf die Außenhandelsbilanz ist das in Deutschland eklatant. Die deutsche Exportwirtschaft ist fit, sie behauptet sich beim Kampf ums Dasein auf den Weltmärkten. Die

Bundesrepublik ist auch 2018 »Exportweltmeister« gewesen, das kommt fast so gut an, wie wenn die deutsche Fußballnationalmannschaft einmal wieder den Weltmeistertitel gewonnen hat. Ebenso gut funktioniert das Wort »Außenhandelsüberschuss«. Da freuen sich alle: Wir haben einen Überschuss, wir haben gewonnen.

Alle freuen sich? Nicht ganz. Kritik daran kam bezeichnenderweise nicht im Inland auf. Der Internationale Währungsfonds (IWF), die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), auswärtige Wirtschaftspolitiker und Wirtschaftszeitungen rufen schon seit vielen Jahren die Bundesrepublik dazu auf, ihre Handelsüberschüsse wenigstens zum Teil abzubauen. Das haben viele falsch verstanden, weil sie Exporte mit Exportüberschüssen verwechseln. Die genauere Empfehlung lautet: Die Bundesregierung solle im Inland mehr investieren.

Mittlerweile und endlich sind hochrangige deutsche Wirtschaftsexperten auch dafür. Das würde einhergehen mit Importen, die bei großen Investitionen nötig sind, und so werde das Gleichgewicht der Außenhandelsbilanzen innerhalb der EU allmählich halbwegs ins Lot kommen. Das hat allerdings auch nicht alle überzeugt. Sie kontern: Das Geld, gut eingesetzt, würde die Wirtschaftskraft erhöhen und damit auch die deutschen Exporte.

Die gute deutsche Bilanz im Außenhandel ist schön. Doch sofern die Bundesrepublik Teil der EU und der Eurozone sein will, bringt es ihr gar nichts, wenn sie sich exponiert, als ob sie allein auf den Weltmärkten bestehen könnte. Nur die EU und die Eurozone werden bestehen, dafür braucht es – das Wort ist heutzutage verpönt – so etwas wie Solidarität. Die Deutschen mögen sich an der weltweiten Nachfrage nach ihren Gütern trunken berauschen, auf die Dauer aber werden sie die europäischen Nachbarn mit ihren Exporten – rein bildlich gesprochen – nicht unter den Tisch verkaufen können.

In Deutschland ist man gegen eine Transferunion und hält nichts davon, die Idee des innerdeutschen Lastenausgleichs auf europäische Länder zu übertragen. Denn einige Länder – die Pappenheimer sind bekannt für ihr sonniges Klima – würden das ja bloß als Einladung zur Verschwendung ansehen. Dieses pauschale Urteilen hat Deutschland den Ruf als »Schulmeister« eingetragen.

Der französische Baron de Montesquieu wurde berühmt, weil er Mitte des 18. Jahrhunderts als Erster die Gewaltenteilung vorschlug: Exekutive (die Regierung), Legislative (das Parlament) und Jurisdiktion (in Deutschland an höchster Stelle das Bundesverfassungsgericht) müssten unabhängig voneinander arbeiten. Darüber hinaus hat er die Völker der Welt nach ihren Eigenarten einsortiert. Klar war für ihn, grob referiert: Im Süden gehe alles schnell. Die Mädchen reifen schnell und würden schnell alt; im Süden gebe es keinen Sinn für ordentliche, zeitraubende Prozeduren; Absprache funktioniere besser in klimatisch gemäßigten Gefilden. Dort sei man, so meinte er, rationaler Planung eher zugeneigt. Die deutschen Exportfreunde denken kaum anders als Montesquieu. Das macht ihr Votum aber nicht besser.

Deutsche Unternehmen erzielen gute Profite. Die haben viele nicht in ihre Unternehmen reinvestiert, sondern auf den Aktien- und Finanzmärkten (dies bevorzugt im Ausland, obgleich sie mit deutschen Aktien besser gefahren wären, aber das ist ein anderes Thema). Deutschland muss mehr investieren. Und weil die Unternehmen das nicht tun, muss der Staat es machen. Es ist himmelschreiend nötig, dass die Deutsche Bahn wieder so gut wird, wie sie vor Jahrzehnten war. Und wer da denkt, die Privatisierung der Bahn sei das Gebot der Stunde, möge einen Blick auf Großbritannien werfen, wo genau das in die Hose ging. Die Firma Bosch ist aus der Entwicklung von weniger umweltschädlichen Autobatterien ausgestiegen. Gut war

es, dass der Wirtschaftsminister Peter Altmaier daraufhin mit französischen Kollegen vereinbart hat, die diesbezügliche Forschung staatlich zu subventionieren.

Im August wurde Peter Altmaier vom *Spiegel* gefragt, warum die Bundesregierung nicht mehr investiere. Er antwortete, das habe man doch gemacht: »Das Geld fließt aber nur zögerlich ab, weil die Planungsbehörden unterbesetzt und die Unternehmen mit bürokratischen Regeln überlastet sind.« Das ist sehr komisch: Die Planungsbehörden sind unterbesetzt, weil der Staat an allem gespart hat. Und nun kann die Bundesrepublik - leider, leider - nicht mehr Geld für die Infrastruktur aufwenden?

Hier ein Vorschlag: Wie wäre es, wenn die Bundesregierung die Planungsbehörden so weit wieder aufforsten würde, dass da Leute sitzen, die sich auskennen und das vorhandene Geld abrufen können? Wenn die Unternehmen es schon nicht machen: Der Staat muss in der Bundesrepublik investieren!

25. Oktober 2019

Das P-Wort

Wer sagt, was Wähler hören wollen, ohne Rücksicht darauf, ob das anständig ist, ob es ökonomisch oder politisch umsetzbar ist, gilt seit einigen Jahren als Populist. Der Begriff ist zu allgemein, zu vage; er besagt im Grunde nichts.

Der 2013 an Krebs verstorbene venezolanische Präsident Hugo Chávez wurde viermal gewählt. Das wohl nicht, weil er ebenso gern endlos lange redete wie Fidel Castro. Auswärtige Beobachter bestätigten, bei den Auszählungen sei es jeweils mit rechten Dingen zugegangen. Chávez' Sozialismus-Gesülze dürfte seine Anhänger weniger beeindruckt haben als die Verstaatlichung der Ölindustrie. Die Gewinne ließ er nicht bloß seinen Kumpanen zukommen, sondern verbesserte damit auch die Lage der Armen im Land; die Wirtschaft indes reformierte er nicht, weshalb ihm vorgehalten wurde, er habe seine Wähler auf Kosten der Zukunft quasi gekauft. Auch der frühere bolivianische Präsident Evo Morales galt als Populist, weil er auf die Stimmen der Armen setzte, im Besonderen auf die der indigenen Bevölkerung. Auch er mochte sich von seinem Amt nicht trennen, was ihn - seine rechten Gegner waren ihm auf den Fersen - 2019 bewog, in Mexiko Asyl zu suchen.

Den Standpunkt der Linkspopulisten hat der amerikanische Politik- und Rechtswissenschaftler Stephen

Holmes so zusammengefasst: Die bestehenden Formen »liberal-sozialer Demokratie« seien »zu schwach, als dass sie normale Leute vor den disruptiven Kräften des globalen Kapitalismus« bewahren könnten. Allerdings müssen Linkspopulisten erst wieder Fuß fassen auf der Weltbühne, bevor sie ihre Gegner vollumfänglich ärgern können.

Der Rechtspopulismus hingegen floriert allenthalben. Am bekanntesten dafür sind derzeit Brasilien und die USA sowie etliche Länder der Europäischen Union. Rechtspopulisten bestätigen bestehende Ressentiments und warnen, mit Holmes gesagt, »die repräsentative Demokratie und Politik im Sinn der Menschenrechte« seien nicht ausreichend, um »hart arbeitende, alteingesessene Familien vor den Bedrohungen von jenseits ihrer Landesgrenzen« zu schützen. Das klassische reaktionäre Repertoire von Ausländerfeindlichkeit und Rassismus wird ergänzt durch Frauenfeindlichkeit und Antisemitismus, Hass auf Muslime und Homosexuelle, Hass auf Minderheiten jeder Art.

Leute, die als Populisten bezeichnet werden, nennen sich selbst nicht so, vielmehr behaupten sie, den gesunden Menschenverstand und die Interessen einer »schweigenden Mehrheit« zu vertreten. In Deutschland haben viele dieser angeblich schweigenden Bürger mit der Verbreitung von Neonazi-Ideen, mit Morddrohungen gegen Lokalpolitiker, mit gewalttätigen Angriffen auf hilflose Passanten von sich reden gemacht: Wer so etwas tut, ist kriminell, ist rechtsradikal, und wer das anfeuert, ist auch rechtsradikal. Was solche Leute angeht, ist das Wort »Populist« eine Verharmlosung. Schon deshalb ist es verfehlt. Auch ist der Begriff viel zu schwammig: Wer in einem Entwicklungsland mit Kritik an der globalen Übermacht der Industriestaaten auf Stimmenfang geht, sollte nicht in einen Topf geworfen werden mit dem US-Präsidenten Trump, der die EU erpresst: Entweder ihr kauft mehr amerikanische Güter, macht keine Geschäfte

mehr mit mir unliebsamen Ländern, respektive Unternehmen, oder ich werde euch mit Sanktionen belegen.

Warum das Wort »Populismus« vollends absurd ist, hat die Historikerin Ute Daniel auf den Punkt gebracht. Unlängst publizierte sie unter dem Titel *Postheroische Demokratiegeschichte* eine kurze Entzauberung der Entwicklung der britischen Demokratie. »Die Geschichte unserer Form der parlamentarischen Demokratie« werde in einem »infantilisierenden Modus der Verehrung« dargestellt, als ob es den Herrschenden bei der allmählichen Ausweitung des Wahlrechts in Britannien tatsächlich um die Partizipation des Volkes gegangen wäre.

Letztlich seien das Maßnahmen gewesen, mit denen die jeweils herrschende Partei ihre Macht zu bewahren trachtete: Das Wahlrecht wurde ausgeweitet in dem Maße, wie die Regierenden fürchten mussten, an Einfluss zu verlieren. In diesem Kontext bemerkt Ute Daniel in ihrem anregenden Buch: »Das populistischste aller jemals ersonnenen politischen Systeme ist die Demokratie. Für sie ist der Appell an die Bevölkerung und deren aktive Beteiligung konstitutiv.« Also: Demokratie ist populistisch, ist es ihrer Natur nach, gehe es um gesellschaftliche oder wirtschaftliche Fragen.

Um von Deutschland zu reden: Der Soziologe Wilhelm Heitmeyer hat vor ein paar Jahren konstatiert, eine »rohe Bürgerlichkeit« mache sich breit; die Bessergestellten seien unterwegs, einen »Klassenkampf von oben« anzuzetteln. Insoweit es den gibt, begann er spätestens Ende der 1990er-Jahre: Angesichts der hohen Arbeitslosigkeit machte damals die Theorie von der »Sockelarbeitslosigkeit« die Runde. Dieses Denken lief auf die Vorstellung hinaus, einen Teil der Bundesbürger aufzugeben, sie abzuschreiben und ihren Lebensunterhalt auf Staatskosten einzupreisen. 2012 trat in der EU der Fiskalpakt in Kraft. Wie der Ökonom Stephan Schulmeister

2018 in seinem luziden Buch *Der Weg zur Prosperität* dargelegt hat (von dem Werk wird im [6. Kapitel](#) eingehend die Rede sein), sieht der EU-Fiskalpakt ein »strukturelles Defizit« vor. Daraus ergab sich, dass eine gewisse Quote von Arbeitslosen nicht als ökonomisch-gesellschaftliches Problem verbucht wurde, dem es abzuhelfen gelte, sondern lediglich als Belastung des Etats der betreffenden Staaten. (Da dieser Unsinn Europa angesichts von Covid-19 in eine Depression geführt hätte, wurde der Fiskalpakt bis 2021 ausgesetzt.)

Verständlich ist, wenn die Bürger derlei Denkweise nicht verstehen. Verständlich ist leider auch, dass darauf mit brachialen Slogans reagiert wird. Wer das »populistisch« nennt, hat nicht verstanden, was das Wort »Demokratie« bedeutet.

28. August 2020

Hühnersuppe für alle

Von den Deutschen sagen viele, die Inflation von 1923 habe sie dermaßen traumatisiert, dass sie bis heute auf Geldwertstabilität pochen. Das ist nicht plausibel. Waren es nicht vielmehr der Zweite Weltkrieg, die Währungsreform und das Wirtschaftswunder, die aus den Deutschen knauserige Europäer machten?

Sag mir, woher du kommst – und ich sage dir, wer du bist: Das galt früher. Die Idee vom Nationalcharakter, einst unentbehrlich für viele Geistesgrößen, Geostrategen und auch Massenmörder, war nach dem Zweiten Weltkrieg diskreditiert. In der Erklärung der Menschenrechte von 1948 wurde die Würde jedes Einzelnen, ungeachtet der Herkunft, für unantastbar erklärt. In Westdeutschland kamen Ostfriesenwitze und Schwabenwitze später zwar gut an. Aber alle Schwaben, die darüber lachten, wussten: Auch in Ostfriesland braucht man in Wirklichkeit nicht zwanzig Mann, um eine Glühbirne einzudrehen. Und die Ostfriesen wussten, dass Schwaben in einer Gletscherspalte sich über einen Rettungshelikopter freuen, anstatt nach oben zu rufen: »Mir gäbet nix!«

Gleichwohl scheint die Idee, dass Völker je eigene Charaktereigenschaften hätten, die Welt auf so bequeme Weise erklärbar zu machen, dass selbst die Wirtschaftswissenschaften davon bis heute nicht unbeleckt sind. Warum ließen »die Deutschen« ungern von der D-